

Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnützig anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3 Telefon und Fax 04 21/66 57 24

www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Gesendet: Donnerstag, 14. Juni 2012, um 14.57 h:

An Mitglieder und wissenschaftlichen Beirat der Bundesvereinigung, Netzwerk Aufarbeitung Unrecht der NS-Militärjustiz und weitere Interessierte in Gesellschaft und Politik

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages hat gestern (13.06.2012) beschlossen, eine **Anhörung von Sachverständigen** durchzuführen, die am **Mittwoch, 26. September 2012**, stattfinden soll. Es wird vom Ergebnis dieser Anhörung abhängen, ob der Gesetzentwurf der Bundesregierung danach in *zweiter und* anschließender *dritter* Lesung beraten bzw. mit der Regierungsmehrheit im Bundestag verabschiedet oder in der (leider unvermeidlichen Behörden-) Schublade verschwinden wird.

Vom Wortlaut des Gesetzes her sichergestellt ist aber, dass neue Bundeswehr-Gerichtsstand im November 2012 seine Arbeit in Kempten/Allgäu nicht aufnehmen kann; Art. 3 des Entwurfs lautet: "Dieses Gesetz tritt am [einsetzen: erster Tag des dritten auf die Verkündung folgenden Monats] in Kraft."

Ausführliche und pointierte Informationen zur Vorgeschichte des Gesetzentwurfs, dessen Wortlaut, Stellungnahmen, Kommentare und Presseberichte sind auch weiterhin in den Homepage-Rubriken >**Stellungnahmen**<, >**Presseberichte**< und >**Schwerpunktthemen**< zu finden: http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel, Schriftführer im Vorstand der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjsutiz e.V., Bremen; http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/

Kontaktdaten: Günter Knebel Ludwigsburger Str. 22 D-28215 Bremen

E-Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Vorsitzender: Ludwig Baumann